

## Für eine soziale Verkehrswende! Wir fordern:

- **Keine Umverteilung zu Lasten der Ärmsten!** Landesförderung für das Sozialticket nicht streichen, sondern erhöhen – damit das Ticket für alle bezahlbar wird. Sozialticket-Preis auf höchstens 15 Euro senken!
- **Mehr Investitionen in Bus und Bahn!** Guter öffentlicher Nahverkehr ist sozial und entlastet die Umwelt.
- **Mittelfristig:** ÖPNV auf ein öffentlich finanziertes und fahrscheinloses Solidarmodell umstellen! Das ist möglich und bezahlbar, denn bereits heute werden normale Tickets etwa zur Hälfte öffentlich finanziert.
- **Vor Ort:** Widerstand gegen die Kürzungspläne organisieren!
- **Auf Bundesebene:** Hartz IV abschaffen und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung nicht unter dem Existenzminimum von derzeit 1050 Euro ersetzen.

## 100% sozial – für Sie im Bochumer Rat:



Sevim Sarialtun



Ralf-D. Lange



Gültaze Aksevi



Horst Hohmeier

### Kontakt:

E-Mail: [linksfraktion@bochum.de](mailto:linksfraktion@bochum.de)  
Telefon: 0234 - 910 1295

### Fraktionsgeschäftsstelle:

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 2-6, Raum 49  
Öffnungszeiten: Mo. 12-17:30 Uhr  
Di.-Do. 10-15 Uhr

E-Mail-Newsletter kostenlos abonnieren: [linksfraktionbochum.de/newsletter](https://linksfraktionbochum.de/newsletter)

[www.linksfraktionbochum.de](http://www.linksfraktionbochum.de)

**Bus und Bahn für alle:**

**Sozialticket  
verteidigen und  
ausbauen!**

**DIE LINKE.**  
im Rat der Stadt Bochum

# Das plant die Landesregierung

**Es klingt wie ein schlechter Scherz: Die CDU-FDP-Landesregierung hat angekündigt, die Förderung für das Sozialticket zum kommenden Jahr zu kürzen und in zwei Jahren komplett zu streichen.**

Das Geld soll stattdessen in den Straßenbau fließen, behauptet Verkehrsminister Hendrik Wüst. Profitieren sollen also bestenfalls diejenigen, die sich ein Auto leisten können und wollen – Menschen mit geringem Einkommen bleiben auf der Strecke.

Aktuell wird das Sozialticket von 300.000 Menschen in NRW genutzt. Wer z.B. ALGII, Sozialhilfe oder Wohngeld bezieht, kann es für 37,80 Euro im Monat kaufen – wenn das Geld dafür reicht. Denn im Hartz-IV-Regelsatz ist weniger für Mobilität vorgesehen als das Ticket kostet. Es gilt außerdem nur in der jeweiligen Stadt – bereits eine Fahrt von Bochum nach Dortmund kostet extra. Deshalb sind Verbesserungen dringend nötig, nicht die Abschaffung!

# Zehn Jahre Kampf ums Sozialticket

**Die Einführung des VRR-Sozialtickets kam nicht von selbst – sie wurde den Regierenden in einer jahrelangen Auseinandersetzung abgetrotzt.**

Die erste Bochumer Initiative für ein Sozialticket starteten im Jahr 2000 der AK Erwerbslose in der IG Metall und die Arbeitsloseninitiative Werkschlag. In den folgenden Jahren bildeten sich in immer mehr NRW-Städten Sozialticket-Bündnisse. Im Februar 2007 rief das Bochumer Sozialforum dazu auf, sich auch in Bochum zu vernetzen. Während SPD, CDU und Grüne im

Rat auf stur stellten, wurde der Druck auf der Straße immer größer: Dem Bochumer Bündnis schlossen sich mehr als 50 Organisationen an, darunter auch DIE LINKE. Es gab Veranstaltungen, Unterschriftensammlungen und Aktionstage. Dennoch weigerte sich Rot-Grün in Bochum weiter hartnäckig, ein lokales Sozialticket einzuführen. Nach einer langen politischen Hängepartie, mehreren Verschiebungen und Verschlechterungen der Konditionen führte der VRR im November 2011 die aktuelle Schmalspur-Version des Sozialtickets ein.



Protest für das Sozialticket, Kampagnen-Plakat zum 1. Mai 2008. Fotos: Sozialforum Bochum



# Gegen den Sozialticket-Kahlschlag!

**Die Bochumer Linksfraktion protestiert gegen die Ankündigung der schwarz-gelben Landesregierung, das Sozialticket für Bus und Bahn in NRW abzuschaffen. Denn wenn die Pläne wirklich umgesetzt werden, werden viele tausend Menschen in Bochum vom öffentlichen Nahverkehr ausgeschlossen.**

Die Bochumer LINKE warnt bereits lange vor den unsozialen Plänen von CDU und FDP. Im August verabschiedete der Bochumer Rat auf Initiative der Linksfraktion eine Resolution zum Erhalt des Sozialtickets.

„Wir erwarten, dass die Stadt diesen Worten jetzt auch Taten folgen lässt“, sagt Gültaze Aksevi. „Die städtischen Verantwortlichen müssen sich dem Protest anschließen, und die Bochumer Vertreterinnen und Vertreter in den VRR-Gremien müssen dafür sorgen, dass auch der Verkehrsverbund den Beschluss nicht akzeptiert.“

Bereits unter den rot-grünen Landesregierungen hatte sich der Preis des Sozialtickets seit seiner Einführung beständig erhöht. Mit der letzten Erhöhung vom 1. Oktober kostet es nun 37,80 Euro im Monat – obwohl Hartz-IV-Empfänger\*innen gerade mal 25,77 Euro im Monat für Mobi-

lität erhalten. Wer sich das Ticket trotzdem leisten will, muss das fehlende Geld also aus anderen Bereichen (z.B. Nahrung, Bekleidung, Gesundheit) abknapsen.

Gemeinsam mit den Bündnispartner\*innen, die für die Einführung des Sozialtickets gekämpft haben, fordert die Bochumer Linksfraktion darum eine Senkung des Preises auf höchstens 15 Euro. Mittelfristig strebt die Linksfraktion einen kompletten Umbau der ÖPNV-Finanzierung auf ein öffentlich finanziertes Solidarmodell an.

**„Das Geld dafür ist da, wenn wir die Umverteilung von unten nach oben stoppen“, sagt Gültaze Aksevi. „Die Landesregierung erwartet Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe. Gleichzeitig den Ärmsten das Sozialticket wegzunehmen ist obszön.“**